

---

## 2.1 Zum Begriff regionaler wirtschaftlicher Resilienz

Nahezu jede Abhandlung in jeder wissenschaftlichen Disziplin zum Konzept der Resilienz beginnt mit dem lateinischen Ursprung des Begriffs „resilire“ im Sinne eines „Zurückspringens“ (vgl. zu den Ursprüngen und Entwicklungen des Begriffs ausführlicher Alexander 2013). Grundbestandteile zur Beobachtung von Resilienz sind ausgehend von dieser Betrachtung des „Zurückspringens“ ein oder mehrere externe oder interne Stress- oder Störereignisse und das Ausbleiben dauerhaft negativer Folgen für das Subjekt der Resilienzbeobachtung. In der Psychologie oder der Sozialen Arbeit sind es daher beispielsweise Beobachtungen eines gegen jede Erwartung glückhaften Ausbleibens dauerhaft negativer Folgen traumatischer Erlebnisse eines Kindes (siehe auch Fookan 2015; Zander und Roemer 2015), während sich die Ingenieurwissenschaften mit der gezielten Konstruktion „kritischer technischer Infrastrukturen“ beschäftigen, um Ausfälle trotz Störereignissen möglichst umfassend ausschließen zu können (Thoma et al. 2012). Die sehr einflussreiche Begriffsbildung zur Resilienz in der Ökologie bezog sich auf die Erhaltung der Funktionalität von Ökosystemen trotz negativer Umfeldbedingungen (Holling 1996). In diesem Kontext wird in der Systembiologie auch der Begriff der „Robustheit“ verwendet (Whitacre 2012). Vereinzelt wird auch der Versuch unternommen, durch die Verwendung des Begriffs der „Anti-Fragilität“ (Taleb 2012) Stärkungen und Funktionsverbesserungen trotz Schock und Ordnungsverlust gegenüber der Funktionserhaltung abzugrenzen.

In der Wirtschaftswissenschaft bezogen sich erste Studien zur Resilienz auf die Beobachtung und Isolierung einzelner Störereignisse und ihrer Folgen für gesamtwirtschaftliche Größen. Beispiele für solche Einzelereignisse sind Erdbeben, Überschwemmungen, Unfälle großer Versorgungsanlagen oder konjunkturelle Krisen (Rose und Liao 2005; Reggiani et al. 2002; Briguglio et al. 2008). Betrachtet wurden Folgen für Länder, Regionen und Organisationen, wobei sich – ausgehend von einer kursorischen Literaturrecherche

der jeweils einflussreichsten Zeitschriften einzelner Teildisziplinen der Wirtschaftswissenschaft – bislang vornehmlich wirtschaftsgeografische Autorinnen und Autoren mit wirtschaftlicher Resilienz beschäftigten. Ungeachtet der vermehrten Anzahl an Veröffentlichungen und empirischen Studien bestehen jedoch weiterhin große definitorische Unterschiede entlang drei grundlegender Fragestellungen (zu einer allgemeinen Einordnung vgl. auch Wink 2014):

### 1. Was ist unter „negativen Umfeldbedingungen“ zu verstehen?

„Negative Umfeldbedingungen“ ist die Umschreibung des Störeinflusses auf die wirtschaftliche Entwicklung (der „Krise“), die eine möglichst weite Einbeziehung vielfältiger Einflüsse ermöglicht (vgl. auch Strambach und Klement 2015, zu diesem Definitionsansatz). Unterschiede in den Studien beziehen sich auf die Beantwortung der Frage, ob nur einzelne diskretionäre Ereignisse, die von außen (Naturkatastrophen, Weltmärkte etc.) auf die Wirtschaft einwirken, einzubeziehen sind oder auch allmählich entstehende, durch regionsinterne Fehlentscheidungen oder Versäumnisse verstärkte Strukturkrisen („slow burn changes“, vgl. auch Pendall et al. 2010) als Herausforderungen für die regionale wirtschaftliche Resilienz betrachtet werden sollen. Wir werden in unseren Studien einer weiten Definition der Störeinflüsse folgen und uns bei der Abgrenzung an den Wahrnehmungen durch die Gesprächspartner oder an veröffentlichten Verlautbarungen in den Regionen orientieren. Hiermit wollen wir auch zugleich dem Umstand Rechnung tragen, dass nur in den seltensten Fällen ein einzelner Störeinfluss als alleinige Herausforderung anzusehen ist, sondern sich in den meisten Fällen vielfältige Störeinflüsse von außen und innen zeitlich überlappen und damit die Krisenfolgen und Anpassungsmöglichkeiten beeinflussen.

### 2. Was ist unter dem „Ausbleiben dauerhaft negativer Folgen“ zu verstehen?

Diese Frage verweist auf zwei Ebenen definitorischer Unterschiede. Erstens ist die Frage zu beantworten, auf was sich die „Folgen“ beziehen. In den meisten quantitativen Studien wurden das regionale Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder die Anzahl der Beschäftigten gemäß der offiziellen Datenbanken verwendet, da diese Indikatoren in vielen Regionen in vergleichbarer Form und relativ kurzfristig zur Verfügung stehen (vgl. auch den kurzen Überblick zu empirischen Studien im folgenden Abschnitt). Diese Studien untersuchten, ob sich ein solcher Indikator nach erfolgter Störung verschlechterte, und, wenn ja, ob und in welchem Zeitraum das Vor-Krisen-Niveau wieder erreicht wurde (vgl. beispielsweise zu diesem Vorgehen Fingleton et al. 2012; Bristow et al. 2014). In anderen Studien wurden Bewohner befragt, ob es ihnen bzw. der Region besser oder schlechter als vor der Krise ging. Hierbei kam es in Einzelfällen zu Aussagen, dass Bewohner die (wirtschaftliche) Lage besser im Vergleich zur Situation vor der Krise beurteilten, obwohl die Indikatoren eine Verschlechterung aufzeigten (vgl. hierzu beispielsweise Hill et al. 2010, mit Verweis auf die Region „Grand Forks“ im US-Bundesstaat North Dakota). In eine ähnliche Richtung argumentiert eine Studie zu den Erfahrungen mit dem Hochwasser im Jahr

2002 in Sachsen (Kuhlicke 2013). Die Erfahrungen mit unvorhergesehenen Schäden, aber auch einer unerwarteten gemeinsamen Fähigkeit zur Bewältigung der Schäden, führten zu einem positiv besetzten „Mythos der Resilienz“, der sich nicht aus einer objektiven Auswertung quantitativer Daten speist (vgl. zur Bedeutung der Wahrnehmungsprozesse und Interpretationen auch Christmann et al. 2014). Umgekehrt zeigten Befragungen zu psychosozialen Wahrnehmungsprozessen nach der deutschen Vereinigung in Ostdeutschland, dass die Befragten ungeachtet eines erhöhten persönlichen Einkommens auf negative Folgen der Vereinigung verwiesen, weil die eingeforderten sozialen Veränderungen als zu gravierend bewertet wurden (vgl. Silbereisen et al. 2010). Darüber hinaus verweisen Studien zu gesundheitlichen Folgen und erhöhten Selbstmordraten im Kontext von Wirtschaftskrisen auf Folgendimensionen (vgl. beispielsweise Kentikelenis et al. 2011; Stuckler und Basu 2014), die zumeist nicht vollständig in ökonomischen Indikatoren erfasst werden können. Hierbei werden Wirtschaftskrisen auch in einen generellen Zusammenhang zwischen der Entstehung von Störungen der kollektiven Ordnung und Routinen und dem Auftreten extremer Reaktionen auf den Ordnungsverlust eingeordnet (Hoffman und Bearman 2015; Taleb 2012).<sup>1</sup> Durch unsere qualitative empirische Vorgehensweise trugen wir dieser konstruktivistischen Dimension der Resilienz Rechnung und konnten unterschiedliche subjektive Einschätzungen der Resilienz in der jeweiligen Region einbeziehen. Daneben erfolgte ein Abgleich mit quantitativen Daten auf der Basis häufig verwendeter öffentlicher Statistiken, um mögliche Diskrepanzen zur persönlichen Wahrnehmung zu identifizieren.

Die zweite definitorische Unsicherheit bezieht sich auf die „Dauerhaftigkeit“ der Folgen. Hier geht es um die Beurteilung des Zeitraums, bis zu dem ein bestimmtes Niveau wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit oder anderer Indikatoren erreicht sein muss, um keine Dauerhaftigkeit negativer Folgen zu konstatieren. Bei den meisten Studien zu den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde pragmatisch vorgegangen, indem der jeweils verfügbare Datenzeitraum die Grenze zur Bestimmung der Dauerhaftigkeit bildete. Fingleton et al. (2012) definierten den gesamten Zeitraum zwischen zwei Rezessionen als Erholungsphase, während beispielsweise Cellini und Torrì (2014) in ihrer Langfriststudie einen einheitlichen Zeitraum von drei Jahren nach Beginn einer Rezession festsetzten. Angesichts der Vielzahl möglicher externer Schocks erhöht ein längerer Zeitraum, bis zu dem das Wiedererlangen des ursprünglichen Niveaus erreicht werden kann, das Risiko erneuter Herausforderungen für die Resilienz, die dann nicht mehr eindeutig einzelnen Störungen zuzuordnen sind. Für unsere Studie endete die Einbeziehung der quantitativen Daten aufgrund ihrer jeweiligen Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit im Jahr 2012, während aus den

---

<sup>1</sup> Bemerkenswert erscheint in diesem Kontext ein Zitat von Emile Durkheim: „If therefore industrial or financial crises increase suicides, this is not because they cause poverty, since crises of prosperity have the same result; it is because they are crises, that is, disturbances of the collective order. Every disturbance of equilibrium, even though it achieves greater comfort and a heightening of general vitality, is an impulse to voluntary death.“ (Durkheim 2002, 206–207).

Befragungen und Workshops Einschätzungen zur regionalen Resilienz bis zum Jahr 2014 aufgenommen wurden.

3. *In welchem Verhältnis steht das „Ausbleiben negativer Effekte“ zu Veränderungen vor und nach dem Schock?*

An dieser Frage entzündet sich eine besonders intensive theoretische Diskussion und Unterscheidung in der Wirtschaftsgeografie. Auch wenn die Fragestellung zunächst akademisch erscheint, ergeben sich hieraus wesentliche Unterschiede für die Herleitung politischer Schlussfolgerungen. Einem Unterscheidungsansatz von Martin (2012) sowie von Martin und Sunley (2015) folgend,<sup>2</sup> werden zumeist drei Grundpositionen gegenübergestellt.

Als „*engineering resilience*“ wird ein Ansatz bezeichnet, der von einem langfristigen Gleichgewicht ausgeht, das eine resiliente regionale Wirtschaft infolge der Störung kurzfristig verlassen kann, aber dann innerhalb eines kurzen Anpassungszeitraums wieder erreicht (vgl. auch Pendall et al. 2010). Veränderungen im Vergleich zur Vor-Krisensituation sind in diesem Kontext nicht vorgesehen. Es findet eine Rückkehr zum Ursprungsgleichgewicht statt.

Unter den Oberbegriff „*ecological resilience*“ werden Ansätze zusammengefasst, die sich verstärkt den Anpassungen als Folge externer Störungen zuwenden. Diese Anpassungen können zu einer Neuorientierung der regionalen Wirtschaftsstrukturen führen, die wiederum ein anderes Gleichgewicht als vor der Krise einnehmen. Es kann somit in resilienten Regionen zu dauerhaften Veränderungen kommen. Die Möglichkeiten zur Veränderung werden jedoch durch Anpassungen entlang möglicher Gleichgewichte begrenzt (vgl. zum „*adaptive cycle*“ beispielsweise auch Lukesch et al. 2011, sowie kritisch Simmie und Martin 2010).

Der dritte Resilienzbegriff, als „*evolutionary adaptive resilience*“ bezeichnet (Martin und Sunley 2015), verlässt diese Gleichgewichtsorientierung. Hier werden Regionen als adaptive soziale Systeme verstanden, die ständig in Veränderungen begriffen sind. Resiliente Regionen zeichnen sich aus der Perspektive der „*evolutionary adaptive resilience*“ dadurch aus, dass sie bestimmte Funktionen bereitstellen, beispielsweise einen hohen Beschäftigungsstand oder ein hohes regionales BIP pro Kopf, den Erhalt dieser Funktionen aber durch fortwährende Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen und Interaktionen zwischen Unternehmen, anderen Organisationen, einzelnen Bürgern und öffentlichen Einrichtungen gewährleisten. Auch ohne Störungen kommt es daher zu fortwährenden Veränderungen. Störungen setzen diese Veränderungsfähigkeit jedoch unter einen besonderen Anpassungsdruck, dem lediglich resiliente Regionen aufgrund ihrer Anpassungsfähigkeiten gewachsen sind.

---

<sup>2</sup> Eine wesentliche Grundlage für diese die Diskussion in der Wirtschaftsgeografie prägende Unterscheidung war eine Abgrenzung zwischen der „*engineering resilience*“ und „*ecological resilience*“ durch Holling (1996) sowie weitergeführt durch Gunderson et al. (2002).

Für die regionale Wirtschaftspolitik ist diese Unterscheidung wichtig, da sich aus den jeweiligen Argumentationen unterschiedliche Empfehlungen hinsichtlich geeigneter politischer Strategien herleiten lassen. „*Engineering resilience*“ fokussiert stark auf eine Stabilisierung bestehender Strukturen und eine Behauptung der Wirtschaftsstrukturen gegen externe Störungen, um das ursprüngliche Gleichgewicht beizubehalten. Typische Empfehlungen aus dieser Argumentation können sich daher auf kurzfristige Stabilisierungsmaßnahmen durch öffentliche Aufträge im Rahmen der Fiskalpolitik, Programme zur Sicherung von Beschäftigung und sozialer Absicherung sowie zur Erhaltung relevanter Branchen beziehen. In der Finanz- und Wirtschaftskrise zählten Maßnahmen des Konjunkturpakets der Bundesregierung wie das verlängerte Kurzarbeitergeld, die „Umweltprämie“ („Abwrackprämie“) oder das „Zukunftsinvestitionsprogramm“ für Investitionen in die lokale und regionale Infrastruktur zu dieser Kategorie. Wir werden auf einige dieser Maßnahmen vor dem Hintergrund unserer Fallstudien zurückkommen, soweit sie von unseren Gesprächspartnern als relevant erwähnt wurden.

Aus der „*ecological resilience*“ lassen sich strategische Maßnahmen zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit im Rahmen gegebener Strukturen herleiten. Schwerpunkte einer entsprechenden Politik liegen daher im Bereich der gezielten Qualifizierung, Förderung der Erschließung neuer Märkte sowie der Förderung der Zusammenarbeit im Rahmen von Clusterförderungen. Branchen- und Qualifikationsschwerpunkte werden in diesem Kontext aber weitergeführt, es führt eine Bewegung entlang gegebener Strukturpfade, aber kein vollständiger Strukturwandel statt. „*Evolutionary adaptive resilience*“ bezieht sich am stärksten unter den drei Argumentationslinien auf die strukturelle Veränderbarkeit der regionalen Wirtschaft und eine Vermeidung von lock-in-Situationen infolge dominanter Branchen und einseitiger strategischer Ausrichtung an bestimmten Märkten. Entsprechende Maßnahmen der Politik zur fortwährenden Strukturveränderung beinhalten den Aufbau regionaler Technologieplattformen, die Förderung von Gründungsaktivitäten oder die Unterstützung der Teilnahme regionaler Unternehmen an internationalen Messen (vgl. auch Asheim et al. 2011; Boschma 2013). Wesentlich ist bei den Konzepten der „*ecological resilience*“ und der „*evolutionary adaptive resilience*“ die Unterscheidung politischer Strategien zum Ausbau der Anpassungsfähigkeit („*adaptability*“) gegenüber der Förderung von Anpassungen („*adaptation*“). Diese Konzepte gehen von Anpassungen als notwendigen Voraussetzungen für Resilienz in Krisen aus. Diese Anpassungen setzen jedoch den fortwährenden Ausbau von Anpassungsfähigkeiten voraus, der nur durch strukturelle Veränderungen in der regionalen Wirtschaft möglich wird (vgl. zur Unterscheidung zwischen „*adaptation*“ und „*adaptability*“ auch ausführlicher Pike et al. 2010 aufbauend auf Ansätzen bei Grabher 1993).

Im Rahmen der „*evolutionary adaptive resilience*“ wird zudem auf die Verknüpfung zwischen einzelnen Akteuren (Unternehmen, andere Organisationen, öffentliche Verwaltung) und zwischen den unterschiedlichen administrativen Ebenen (lokal, regional, national und supranational) bei der Auslösung von Veränderungen und Anpassungen Bezug genommen. Als eine wesentliche Schwäche dieses Ansatzes wird von Kritikern jedoch die bislang zu schwache Beachtung institutioneller und politischer Prozesse hervorgehoben

(Pike et al. 2009; Hassink et al. 2014). In unseren Studien werden vornehmlich Perspektiven der „*evolutionary adaptive resilience*“ zur Erklärung der Entstehung, Entwicklung und Veränderung von Anpassungsfähigkeiten über längere Zeiträume eingenommen, um durch eine Betrachtung von Prozessen entlang zweier Jahrzehnte, die Befragung zahlreicher unterschiedlicher Akteure in den Regionen zur Einbeziehung ihrer Blickwinkel, Erfahrungen und Einflüsse und die Berücksichtigung vielfältiger Dimensionen der jeweiligen Politik in den Regionen eine möglichst breite Übersicht über Strukturen, Veränderungen und Barrieren in den Regionen zu gewinnen. Damit sollen zugleich bisherige Schwächen dieses Ansatzes bei der Einbeziehung konkreter politischer Prozesse und Institutionen überwunden werden.

Im folgenden Abschnitt gehen wir auf bisherige empirische Studien zur regionalen wirtschaftlichen Resilienz und zu möglichen Einflussfaktoren ein, um unsere Vorgehensweise und die Zielsetzung unserer empirischer Studien in diesem Kontext zu verorten.

---

## 2.2 Empirische Ergebnisse zur regionalen wirtschaftlichen Resilienz

In diesem Abschnitt gehen wir auf empirische Studien ein, die sich überwiegend mit zwei Fragestellungen beschäftigen:

- Welche Regionen in Europa und Nordamerika sind in der Finanz- und Wirtschaftskrise als resilient zu bezeichnen?<sup>3</sup>
- Welche Einflussfaktoren auf die regionale wirtschaftliche Resilienz können empirisch identifiziert und bestätigt werden?

### *Studien zur Identifizierung der wirtschaftlichen Resilienz von Regionen*

Die ersten wissenschaftlichen Studien zur Beantwortung der Frage nach der Resilienz von Regionen in der Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigten sich mit kurzfristigen Erfahrungen einzelner Regionen zu Krisenbeginn. Vorgängerstudien untersuchten zumeist den Erfolg politischer Maßnahmen zur Bewältigung konjunktureller Krisen auf nationaler Ebene (zum Beispiel Duval et al. 2007, mit Bezug auf den Zeitraum 1982–2003 oder Cerra et al. 2013 [Working Paper, 2009], mit Bezug auf Daten von 1960 bis 2005). Davies (2011) stellte Ergebnisse eines internationalen Vergleichs der unmittelbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in zehn europäischen Ländern vor. Die quantitative Betrachtung in dieser Studie unterschied die Vulnerabilität gegenüber der Krise (abgelesen an Datenänderungen zwischen den Jahren 2008 und 2009) von der Erholung von der Krise (abgelesen an Datenänderungen zwischen den Jahren 2009 und 2010), konzentrierte sich allerdings auf Arbeitslosenquoten als einzigem Indikator für die wirtschaftlichen Folgen.

---

<sup>3</sup> Die Bezugnahme auf diese beiden wirtschaftlichen Weltregionen ist der verfügbaren Literatur zu diesem Thema geschuldet, die sich bislang weitgehend nur mit Erfahrungen in diesen beiden Räumen beschäftigte.



Auffallend an den Ergebnissen dieser Studie waren die signifikanten Unterschiede der regionalen Betroffenheit zwischen den betrachteten Ländern: In Frankreich und Rumänien waren Regionen mit geringem BIP pro Kopf und hohen Arbeitslosenquoten vorrangig von der Krise betroffen, während dies in Deutschland und Italien vorrangig Regionen mit hohem BIP pro Kopf und geringen Arbeitslosenquoten, aber hohem Anteil an der Industrieproduktion betraf. Bei der Betrachtung der Erholung fielen bei dieser Studie ostdeutsche Regionen mit hoher Arbeitslosenquote vor der Krise auf, da sie erfolgreicher bei der Senkung ihrer Arbeitslosenquoten als die wirtschaftlich starken Regionen in Westdeutschland waren. Allerdings wies die Autorin selbst auf den Einfluss von Abwanderungen und Niveaueffekten durch relativ hohe Ausgangswerte hin.

Zahlreiche weitere Studien zu einzelnen Regionen erschienen bereits kurz nach der Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Räumliche Schwerpunkte dieser Studien waren die USA und Großbritannien (Hill et al. 2010; Simmie und Martin 2010; Martin 2012; Gardiner et al. 2013; Dawley et al. 2014; Townsend und Champion 2014), während Studien zu Erfahrungen in Krisenländern der Europäischen Währungsunion wie beispielsweise Griechenland erst später veröffentlicht wurden (vgl. als Beispiele Psycharis et al. 2014; Williams et al. 2013; Palaskas et al. 2015). Aufgrund des hohen Interesses an ökonomischer Resilienz wurden in Großbritannien bereits ab 2010 regionale und lokale Rankings anhand verschiedener Indizes – zumeist durch Verknüpfung von Daten zur Veränderung des BIP pro Kopf, der Beschäftigung, sozialer Absicherung und Wohnsituation – erstellt (vgl. als Beispiel Experian 2012). In Deutschland hingegen gab es nur vereinzelte Ansätze zur Erstellung eines Rankings von Regionen. So veröffentlichte das Pestel-Institut bereits im Jahr 2010 einen Index zur regionalen Krisenfestigkeit für die deutschen Kreise und kreisfreien Städte (Pestel-Institut 2010). Dieser Index zeigte eine besonders hohe Krisenfestigkeit in nahezu allen ostdeutschen Regionen. Im Gegensatz zur oben zitierten Studie von Davies (2011) mit ihrer Fokussierung auf einen Indikator (Arbeitslosenquote) sah diese Studie eine Vielzahl an Indikatoren vor, die vom Flächenverbrauch über den Anteil erneuerbarer Energien bis zur Hausärzteversorgung, Mieterquote und zum Anteil an Bewohnern, die nicht über Regionsgrenzen pendeln, reichten. Wie die Indikatoren miteinander verknüpft werden und in welcher Art die einzelnen Indikatoren Einflussgrößen der regionalen Krisenfestigkeit abbilden, wurde jedoch nicht erörtert. So wurde der Kreis Uckermark, der auch Bestandteil unserer Fallstudien ist, zu den besonders krisenfesten Regionen gezählt, obwohl der Kreis beim Anteil an Schulabgängern ohne Abschluss, der SGB-II-Quote, der Hausarztichte und der Migrationsentwicklung unterdurchschnittlich abschnitt. Die Entwicklung der Beschäftigung und des BIP pro Kopf, die in anderen Studien zumeist verwendet wurden, wurden in diesen Index nicht einbezogen.

Eine längerfristige Untersuchung der Resilienz von Regionen, die sich allerdings nur auf Arbeitsmärkte bezog, veröffentlichten Jakubowski et al. (2013). In dieser Studie wurden Schocks zwischen 1977 und 2011 und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung in bundesdeutschen Regionen untersucht. Diese Auswirkungen wurden als Vergleich der Beschäftigung in der Region zu Beginn und zum Ende einer gesamtwirtschaftlichen Rezession auf Bundesebene ausgewiesen, und als resistent wurden Regionen bezeichnet, in

denen keine Beschäftigungsverluste auftraten. Anhand struktureller Faktoren (Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungssektoren, Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Branchen mit Angebot unternehmensnaher Dienstleistungen und Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit) wurden Cluster von Regionen gebildet, die in vier Gruppen kategorisiert wurden:

- resistente Regionen
- Regionen mit durchschnittlicher Resistenz
- Regionen mit geringer Resistenz in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009
- Regionen mit durchgängig geringer Resistenz

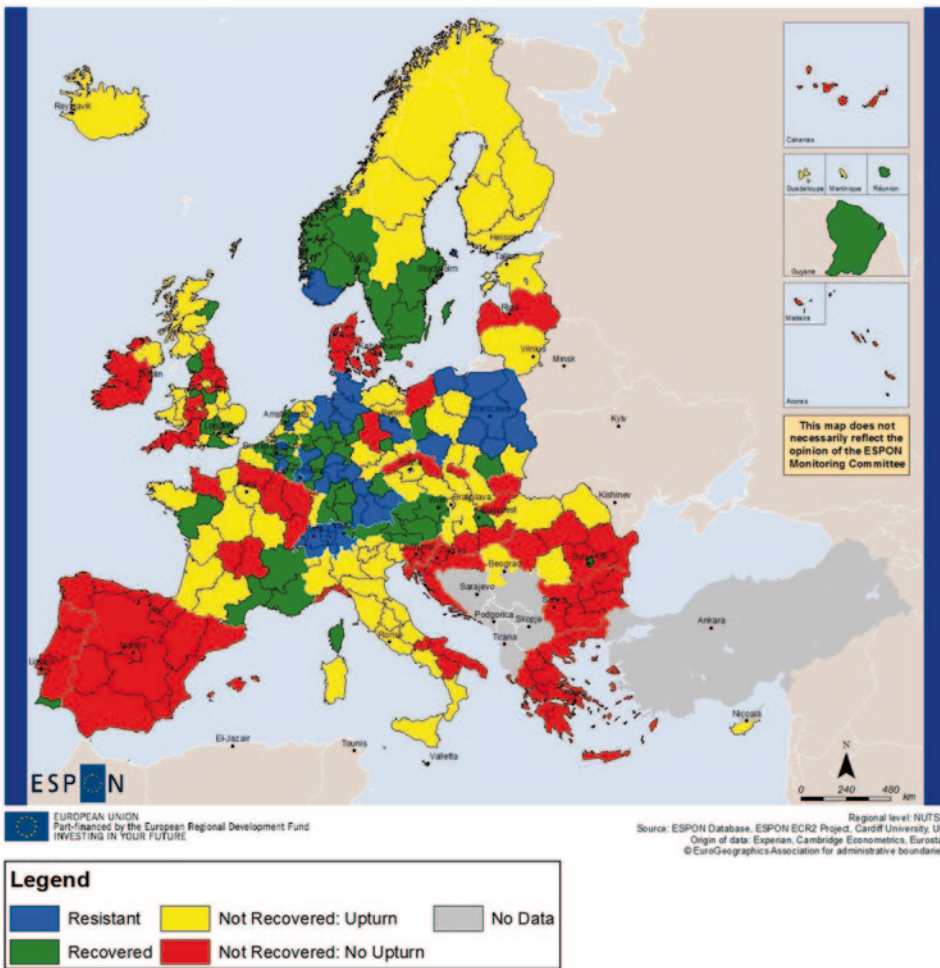
Die Ergebnisse zur Resistenz wurden anschließend mit Beobachtungen zur Erholung der Regionen verbunden und hieraus eine Typisierung deutscher Regionen hergeleitet.

Eine vergleichsweise umfangreiche Vergleichsstudie zur Erfassung der wirtschaftlichen Resilienz im Zeitraum zwischen 2004 und 2012 anhand der Indikatoren Beschäftigung und BIP pro Kopf wurde vom European Spatial Observatory Network (ESPON) in Auftrag gegeben (Bristow et al. 2014). Untersucht wurden alle NUTS-2 bzw. NUTS-3-Regionen in der Europäischen Union. Vier Kategorien wurden in der quantitativen Analyse gebildet:

- resistent im Sinne des Ausbleibens negativer Folgen durch die Krise
- vollständig erholt im Sinne des Erreichens bzw. Übertreffens der Höchstwerte vor der Krise
- noch nicht vollständig erholt, also noch nicht wieder am Höchstwert vor der Krise, aber mit einer positiven Tendenz
- noch nicht vollständig erholt und mit einer weiterhin negativen Entwicklung bis zum Jahr 2012

Für den Indikator Beschäftigung ergab sich entlang dieser Kategorisierung, dass 16 % der NUTS-3-Regionen resistent waren, 24 % als vollständig erholt klassifiziert werden konnten, 28 % der NUTS-3-Regionen noch nicht erholt, aber mit positiver Tendenz erfasst wurden und bei 32 % der NUTS-3-Regionen keine vollständige Erholung und weiterhin eine negative Tendenz vorlagen. Abbildung 2.1 zeigt eine Übersicht der Ergebnisse für den Indikator Beschäftigung entsprechend der vier genannten Kategorien auf der NUTS-2-Ebene, da konkrete Resultate zu einzelnen Regionen lediglich auf dieser Ebene (für Deutschland: insgesamt 39 Regionen: 8 Bundesländer, 19 Regierungsbezirke, 10 ehemalige Regierungsbezirke und zwei Regionen in Brandenburg) vorlagen. Unter den ostdeutschen Regionen war Brandenburg-Südwest das einzige Gebiet, das als resistent – ohne Beschäftigungsverlust – eingestuft wurde. Von den weiteren Bundesländern mit Fallstudienregionen waren Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sowie das österreichische Bundesland Burgenland unter den vollständig erholten Regionen zu fin-





**Abb. 2.1** Ergebnisse zur Resilienz der Beschäftigungsentwicklung in europäischen Regionen auf der NUTS-2 Ebene. (Quelle: Bristow et al. (2014))

den, während Sachsen zur Gruppe der noch nicht vollständig erholten, aber sich mit positiver Tendenz entwickelnden Regionen gehörte. Sachsen-Anhalt war bei dieser Studie das einzige deutsche Bundesland, das sich in der Gruppe der weiterhin mit einer negativen Beschäftigungsentwicklung noch nicht vollständig erholten Regionen befand.

Insgesamt zeigt sich auch in dieser Studie wie bereits in der Studie von Davies (2011), dass keine allgemeinen strukturellen Gegebenheiten über die Resilienz einzelner Regionen entscheiden und man daher nicht bei Regionen mit gleichen Strukturen in allen EU-Ländern die gleichen Resilienzergebnisse beobachten kann, sondern dass zumeist nationale Besonderheiten beim Zusammenwirken zwischen regionalen und nationalen Krisenfolgen zu beachten sind. So zeigt Abb. 2.1 für die Beschäftigungsentwicklung seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass in den südlichen Krisenländern, aber auch in den Nieder-

landen, Skandinavien und den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas relativ ähnliche Einstufungen für alle Regionen eines Landes zu beobachten sind, während für Frankreich, Großbritannien und Deutschland sehr große Unterschiede in der jeweiligen Einstufung zwischen den Regionen bestehen.

Dies ist nicht zwangsläufig ein Phänomen großer Länder, da Italien und Spanien als relativ große Mitgliedsländer der EU auch vergleichsweise gleichförmige Beschäftigungseffekte in den Regionen verzeichneten. Für unsere Fallstudien ergibt sich aus diesem Befund ein besonderer Vorzug unserer Vorgehensweise der Beschränkung auf Regionen in einem Land (mit der Ausnahme des Burgenlands), da somit Einflüsse durch unterschiedliche nationale Gegebenheiten, insbesondere bei der Verteilung von Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden oder bei fiskalpolitischen Maßnahmen, ausgeschlossen werden können.

Eine Analyse der regionalen Resilienz Erfahrungen in Italien im Rahmen einer sehr langen Zeitreihenanalyse – Angaben zum realen BIP für den Zeitraum von 1890 bis 2009 – gelangte zu zwei für die italienische Regionalstruktur sehr wesentlichen Ergebnissen (Cellini und Torrisi 2014; vgl. auch Lagravinese 2015; di Caro 2015). Erstens wurde beobachtet, dass konjunkturelle Schocks eher zu gleichförmigen Folgen über lange Zeiträume in den italienischen Regionen führten und somit zumindest nicht ursächlich zum Fortbestehen der starken wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord- und Süditalien (Stichwort: *Mezzogiorno*) beigetragen haben. Zweitens waren allerdings die unmittelbaren Folgen eines Schocks – im Hinblick auf die Intensität negativer Folgen und das Auftreten von Erholungsprozessen – zwischen den Regionen sehr unterschiedlich. Tendenziell waren die norditalienischen Regionen stärker von den Schocks betroffen, jedoch auch erfolgreicher bei der Erholung. Den Ausschlag für die jeweiligen Anpassungs- und Verarbeitungsmöglichkeiten gab jeweils die Industriestruktur in den Regionen (vgl. auch Lagravinese 2015; di Caro 2015). Für unsere Studien ist diese Beobachtung insoweit von Bedeutung, als auch zwischen west- und ostdeutschen Regionen große Unterschiede hinsichtlich der Industriestruktur, des realen BIP und der Beschäftigungsentwicklung bestanden und daher auch in den Studien zu untersuchen war, inwieweit Schocks und Krisenerfahrungen Einfluss auf diese Unterschiede ausüben.

Insgesamt ist bei allen Studien zur Erfassung regionaler wirtschaftlicher Resilienz ein pragmatisches Vorgehen zur Bestimmung geeigneter Indikatoren für Resilienz zu beobachten. Die meisten Studien verwenden Sozialproduktsgrößen (typischerweise BIP bzw. BIP pro Kopf) und Arbeitsmarktindikatoren (Arbeitslosenquoten und Beschäftigung). Bei den Ansätzen zur Bildung eines Indexes werden vielfältige Einzelindikatoren zusammengefasst. Die Auswahl der Einzelindikatoren und Verknüpfung werden jedoch nicht wissenschaftlich begründet, sondern folgen in der Regel der Verfügbarkeit der Daten. Solange daher noch kein wissenschaftlicher Konsens zur Definition des Begriffs wirtschaftliche Resilienz und zur Bestimmung entsprechender Indikatoren vorliegt, erscheint unser Vorgehen – das Aufgreifen qualitativer Aussagen zur regionalen Resilienz und Illustrierung anhand der Zeitreihen von Beschäftigung und regional verfügbarer Sozialproduktsgröße – angemessen.

Wirtschaftliche Resilienz in deutschsprachigen  
Regionen

Wink, R.; Kirchner, L.; Koch, F.; Speda, D.

2016, VI, 256 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09822-3